

NEUE PARTNERSCHAFTEN MIT NORDAFRIKA

BESCHLUSS DES CDU-BUNDESFACHAUSSCHUSS
AUSSEN-, EUROPA- UND SICHERHEITSPOLITIK

CDU

Neue Partnerschaften mit Nordafrika

Beschluss des CDU-Bundesfachausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik

Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Zum zweiten Mal in einer Generation erleben Deutschland und seine europäischen Partner den Beginn eines tiefgreifenden historischen Wandels in ihrer Nachbarschaft. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Befreiung Mittel- und Osteuropas haben sich in Nordafrika und auf der arabischen Halbinsel bürgerliche Protestbewegungen entwickelt, die politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe, verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit einklagen. Sie fordern die über Jahrzehnte etablierten autoritären Herrschaftsstrukturen heraus.

Deutschland, das in Teilen während des Kalten Krieges selbst unter massiver Einschränkung seiner Freiheit gelitten hat, kann das Streben nach Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der Region in einem besonderen Maße nachvollziehen. Es ist aber mehr als nur ein moralisches Gebot, gestaltenden Einfluss auf die Veränderungen in den arabischen Ländern zu nehmen, um die Zone der Freiheit und Stabilität in unserer Nachbarschaft auszuweiten und gute Beziehungen mit den neuen Partnern aufzubauen. Wir sollten unser Engagement in der Region über die – in der Vergangenheit sehr erfolgreiche – Entwicklungszusammenarbeit hinaus auch als vorausschauendes Instrument ziviler Krisenprävention begreifen.

Unsere Sicherheit und unsere Wohlfahrt sind direkt mit den Entwicklungen in unserer südlichen Nachbarschaft verwoben. Die Staaten des „Arabischen Frühlings“ befinden sich in einer politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich prekären Lage. Es ist keineswegs sicher, dass sich freiheitliche, demokratische und marktwirtschaftliche Prinzipien in allen betroffenen Ländern durchsetzen werden. Wir müssen daher dafür Sorge tragen, dass der Übergangsprozess die Region nicht destabilisiert und alles dafür tun, dass die Weichen für eine Entwicklung in unserem (westlichen) Sinne schnell gestellt werden. Deutschland und der Europäischen Union bietet sich nun die einzigartige Gelegenheit, durch entschlossenes und einmütiges Handeln einen grundlegenden Neuanfang im Umgang mit unseren südlichen Nachbarn einzuleiten und einen historischen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung dieser Region zu leisten.

Eckpfeiler und zugleich Ziele unseres Angebots zur Zusammenarbeit in der Region sollten unsere bewährten partnerschaftlichen Prinzipien sein: Friedliche Entwicklung und Konfliktbeilegung, Garantie der Menschenrechte, pluralistische Demokratie, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit. Übergeordnete Leitlinie und *conditio sine qua non* unserer Partnerschaftspolitik muss darüber hinaus sein, die Sicherheit Israels zu gewährleisten. Es würde jedoch unsere Kraft übersteigen, in allen betroffenen Staaten gleichermaßen engagiert vorzugehen. Dazu kommt die große Heterogenität der Region, die einen differenzierten Ansatz verlangt. Heute besteht die Aussicht, dass einige Länder, wie Tunesien und Ägypten den Wandel zu mehr Demokratie und besserer Regierungsführung schaffen können, während andere Länder, wie Marokko und Jordanien, durch Reformen von oben größere Öffnung und erneuerte Legitimation aus der Bevölkerung erhalten können, wogegen andere Länder mit delegitimierten Herrschern, wie Syrien und Jemen, womöglich durch lang anhaltende Bürgerkriege noch weiter ins Elend abgleiten.

Ein besonderer Schwerpunkt der deutschen Partnerschaftspolitik sollte auf Ägypten, Tunesien, Marokko und dem Wiederaufbau Libyens liegen.

Handlungsempfehlungen

1. Konsequenz in der Europäischen Nachbarschaftspolitik:

Die Europäische Union verfügt über umfangreiche Erfahrung in der Unterstützung von Transformationsprozessen. Ihren Antworten auf den Arabischen Frühling kommt große Signalwirkung zu. Das bedeutet für die Europäer, dass sie politisch sichtbar und einheitlich auftreten müssen. Gegenüber den arabischen Regierungen und den Zivilgesellschaften muss die Europäische Union entschieden für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eintreten und Unterstützung anbieten. Der deutlich herausgestrichene Grundsatz der politischen Differenzierung und klaren Konditionalität, „Mehr für mehr“, der überarbeiteten EU-Nachbarschaftspolitik geht in die richtige Richtung.

2. Ausbau und Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit:

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist in vielen Regionen der arabischen Welt (Ägypten, Jemen, Marokko, Palästinensische Gebiete, Syrien) bereits seit Jahren in den unterschiedlichsten Bereichen aktiv. Dies umfasst Sektoren wie genauso wie die Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung unter anderem auch durch regionale

lokale Finanzinstitutionen, Grundbildung, Wasser/Abwasser oder Klima- und Umweltschutz. Unser Augenmerk muss insbesondere auch dem Aufbau regionaler und lokaler Strukturen gelten sowie der Förderung guter Regierungsführung. Dieses Engagement gilt es in den kommenden Jahren auszubauen und vor dem Hintergrund der Lehren aus den Revolten neu auszurichten. Die EU-Finanzmittel müssen auch dafür genutzt werden, die Infrastruktur der Länder untereinander auszubauen.

3. Neuansatz in der europäischen Migrationspolitik:

Die Fluchtwellen nach den Revolten machen deutlich, wie dringend sich Europa mit einem neuen, ausgewogenen Gesamtansatz in der Flüchtlings-, Migrations- und Einwanderungspolitik beschäftigen muss. Konzepte der zirkulären, also zeitlich befristeten Migration und des erleichterten Zugangs nach Europa für Unternehmer, Studenten und Facharbeiter sollten eine wichtige Rolle spielen. Sie leisten einen Beitrag, die demographischen Herausforderungen nördlich und südlich des Mittelmeers zu meistern und Brücken zwischen Gesellschaften und Kulturen zu spannen. Dabei kommt es darauf an, die klugen Köpfe aus der Region nicht dauerhaft abzuziehen, sondern einen nachhaltigen Effekt auch für die nordafrikanischen Arbeitsmärkte sicherzustellen. Migrantinnen sollten daher nach der Rückkehr in ihre Heimat dabei unterstützt werden, ihre eigenen Geschäftsideen zu entwickeln und damit Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen.

4. Hilfe zur Selbsthilfe:

Oberstes Ziel deutscher und europäischer Politik sollte sein, die Region dauerhaft politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren. Politisch können Deutschland und die EU bei den anstehenden Wahlvorbereitungen und Wahlbeobachtungen mitwirken, mittelfristig bei der Beratung von Verfassungsprozessen und der Errichtung von unabhängiger Justiz und Polizei, sowie von Armeen, die den Primat der Politik verinnerlichen. Wirtschaftliche Unterstützung könnte vor allem im Bereich Landwirtschaft ansetzen. Mittelfristig wird eine positive wirtschaftliche Entwicklung und sozio-ökonomische Modernisierung jedoch nur durch Fortschritte in Richtung wirtschaftlicher Differenzierung gelingen. Dies gilt für die rohstoffarmen Länder Arabiens wie auch für die rohstoffreichen Staaten, die für die Zeit nach Öl und Gas planen müssen. Auf der Grundlage recht unterschiedlicher Ausgangspositionen geht es darum, die Entwicklung einer Konsum- und Investitionsgüterindustrie sowie eines Dienstleistungssektors voranzubringen.

5. Bildungsoffensive starten:

Bildung ist die Voraussetzung für Toleranz und Demokratie, aber auch für wirtschaftliches Wachstum und Prosperität. Neben direkten Investitionen in Bildungseinrichtungen vor Ort könnte Deutschland eine Qualifizierungsoffensive starten und Studenten und Fachkräfte in Deutschland aus- und fortbilden. Hinsichtlich des dualen Systems könnten sich insbesondere die Bundesländer in Form regionaler Patenschaften einbringen. Für die Ausbildung von Fachkräften bietet sich eine enge Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern in Kooperation mit den jeweiligen Außenhandelskammern an. Die deutschen und europäischen politischen Stiftungen können einen bedeutenden Beitrag leisten für politische Bildung der Zivilgesellschaft und Parteienberatung sowie bei der Identifizierung neuer Kooperationspartner für die deutschen und europäischen politischen Parteien.

6. Multilateralen Handel fördern und Agrarmärkte öffnen:

Einen unmittelbaren Effekt über Finanzhilfen und Schuldenerlasse hinaus könnte die EU beispielsweise erzielen, wenn sie den multilateralen Handel unter den Staaten Nordafrikas fördert. Die europäische Erfahrung zeigt, dass Handel untereinander zu Wirtschaftswachstum und zum Abbau politischer Spannungen beiträgt. Darüber hinaus hätte eine vollständige Öffnung des EU-Binnenmarkts für Agrarprodukte aus Nordafrika und dem Nahen Osten eine wichtige Wirkung auf das Wirtschaftswachstums- und die Entwicklung unserer südlichen Nachbarn. Ziel ist es, eine subsidiäre eigene Landwirtschaft zu entwickeln, die mittelfristig in der Lage ist, die wachsende Bevölkerung in Nordafrika zu ernähren. Hier gilt es auch, ressortübergreifend in Deutschland auf die Neuformulierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre ab 2014 einzuwirken. Europa sollte seinen südlichen Nachbarn gleichzeitig Unterstützung anbieten, um landwirtschaftliche Produktionsmethoden effektiver und umweltfreundlicher zu gestalten, etwa durch effizientere Wasser- und Bodennutzung.

7. Energieversorgung sichern:

Projekte wie der Mittelmeersolarplan oder die privatwirtschaftliche Desertec-Initiative können dazu beitragen, die Energieversorgung in der Region zu sichern und darüber hinaus Arbeitsplätze und Wertschöpfungsmöglichkeiten zu schaffen. Nicht zuletzt durch den Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland und den wachsenden Energiebedarf der

EU ist diese Quelle CO₂-freier Energieerzeugung verstärkt zu nutzen. Hier liegt Potential für eine dauerhafte wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Nord und Süd.

8. Militärische Abrüstung / Verifikation sicherstellen:

Viele Staaten in der Region sind hochgerüstet, zugleich bergen ungelöste Konflikte nach wie vor die Gefahr einer weiteren Eskalation. Wesentlich für einen friedlichen Wiederaufbau ist es, dass in den nächsten Jahren eine behutsame Modernisierung bestehender Arsenale und keine massive Aufrüstung stattfindet. Internationale Hilfsmittel sollten diesbezüglich nicht die nationalen Budgets entlasten und zu einer Fehlallokation von Ressourcen im Rüstungsbereich führen. Verifikation und Rüstungskontrolle sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen müssen daher integrale Bestandteile unserer Partnerschaftspolitik sein, an die auch unsere Finanzhilfe geknüpft sein sollte. Hier könnten besonders NATO und EU mit Experten helfen, und die OSZE mit ihrer umfangreichen Erfahrung den organisatorischen Rahmen liefern. Deutscherseits könnte das Zentrum für Verifikation Expertise bereitstellen.

9. Minderheiten schützen:

Ein Gradmesser für den Erfolg des Wandels muss auch der Umgang mit religiösen und ethnischen Minderheiten sein. Dazu zählen nicht zuletzt die noch immer und zum Teil sogar vermehrt bedrängten Christen in der Region. Hier sind wir als Christlich Demokratische Union besonders gefordert und können Bewusstsein schaffen, aber auch Hilfestellungen leisten. Zugleich bieten sich gerade hier Ansatzpunkte für den notwendigen interreligiösen Dialog. Dies ist insbesondere eine Aufgabe für unsere politischen Stiftungen in Zusammenarbeit mit den Kirchen.

10. Parlamentarische Zusammenarbeit etablieren:

Die Stärkung der nationalen, demokratisch legitimierten Parlamente in der Region sollte ein Hauptanliegen Deutschlands sein. Hierzu bieten sich zwei Ansätze an.

1. Der Aufenthalt deutscher Parlamentarier des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages und der Landtage vor Ort.
2. Die Stärkung der Parlamentarischen Versammlung der Union für das Mittelmeer (PV-UfM). Die PV-UfM mit einem Sekretariat beim Europäischen Parlament in Brüssel ist aus dem Dornröschenschlaf erwacht und sollte für den interparlamentarischen Dialog auch für

deutsche Belange genutzt werden, zumal Staaten wie Frankreich und Italien sich hier bereits intensiv Betätigungsfelder erarbeitet haben.

11. Klare Positionierung in der Region:

Die Sicherheit Israels ist Staatsräson für Deutschland. Mit Blick auf die außenpolitische Positionierung der Staaten des „Arabischen Frühlings“ gegenüber Israel und dem Iran sollte Deutschland in Abstimmung mit den anderen europäischen Staaten klare Erwartungen formulieren, die über das Ausmaß der Zusammenarbeit, auch die Höhe von Wirtschafts- und gegebenenfalls Sicherheitssektor-Hilfe, mitentscheiden. Dessen ungeachtet sollte Israel von seinen deutschen und europäischen Verbündeten ermutigt werden, pragmatische Schritte zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu gehen und jegliche Provokationen, insbesondere durch die Siedlungspolitik, einzustellen und dauerhaft zu unterlassen. Gegenüber dem wankenden Diktator und seinem Regime in Syrien ist besonders außenpolitisch höchste Wachsamkeit geboten. Deutschland sollte seine guten Beziehungen in der Region nutzen, um die Nachbarn Syriens für konstruktives und besonnenes Handeln zu gewinnen. Es darf dem Regime nicht gelingen, durch Provokation und Schüren auswärtiger Konflikte, etwa im Libanon oder gegenüber Israel, von der Situation im eigenen Land abzulenken.